

Flüchtlingsarbeit in Hamburger Moscheen

**Veröffentlichungen des Islamischen
Wissenschafts- und Bildungsinstituts**

herausgegeben von
Hans-Christoph Goßmann und Ali-Özgür Özdil

Band 16

Verlag Traugott Bautz

Katharina Schackert

**Flüchtlingsarbeit in Hamburger
Moscheen**

Verlag Traugott Bautz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://www.dnb.de>> abrufbar.

© Verlag Traugott Bautz GmbH
98734 Nordhausen 2017
ISBN 978-3-9594 8-275-2

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
1.1	Forschungsstand	10
1.2	Argumentation	12
2	Kontext	15
2.1	Muslime in Deutschland	15
2.1.1	Islamisches Gemeindeleben und Strukturen	20
2.1.2	Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland	24
2.1.3	Muslimisches (Gemeinde-)Leben im Hamburger Kontext	26
2.2	Wohlfahrtspflege	31
2.3	Die <i>Flüchtlingsfrage</i>	35
3	Theoretischer Rahmen	47
3.1	Binnenintegration	47
3.2	Sozialkapital	50
4	Methodologie	53
4.1	Qualitative Sozialforschung	53
4.2	Forschungsdesign	55
4.3	Vorgehen	57
4.4	Auflistung des Forschungsverlaufs	61
4.5	Qualitative Inhaltsanalyse	64

5	Auswertung des erhobenen Materials	65
5.1	Wer macht was?	65
5.1.1	Erfahrungen	70
5.2	Herausforderungen	74
5.2.1	Ressourcenarmut	74
5.2.2	Die Doppelrolle der Religion	76
5.3	Neue Vereine als Reaktion	79
5.3.1	Rahmet e.V.	82
5.3.2	Verband muslimischer Flüchtlingshilfe e.V.	83
5.4	Anerkennung der geleisteten Arbeit	85
5.4.1	Medien	86
5.4.2	Politik	89
6	Ergebnisse	97
6.1	Die Elwert'schen Gebrauchswerte	99
6.2	Impulse für die muslimische Wohlfahrtspflege	100

1 Einleitung

„Religion kann Brücken bauen und Menschen motivieren, sich für Andere und die Umwelt einzusetzen. Dieses Potenzial haben wir viel zu lange vernachlässigt“, äußerte Gerd Müller kurz nach seinem Amtsantritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er erläuterte weiter: „Religion ist eine gesellschaftliche Gestaltungskraft. Sie hilft verstehen, verständigen und verändern! Dieses Potenzial der Religionen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung sehen wir mit großem Respekt“ (Flyer Religionen, März 2015)¹.

In dem Flyer zum Thema Religion und Entwicklung, herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wird die Relevanz von Religion für Entwicklungszusammenhänge betont (Abbildungen 1.1 und 1.2).

Außenpolitisch wird spätestens seit dem Amtsantritt von Gerd Müller ein neuer Fokus auf die Rolle der Religion gelegt. Dies gilt besonders für Handlungsweisen, die an „zu entwickelnde Länder“ gerichtet sind. Doch wie sieht es innenpolitisch aus? Werden dort die von der Religion ausgehenden Potentiale, die vom BMZ hervorgehoben werden, erkannt und genutzt?

Die vorliegende Forschung möchte dieser Fragestellung im weitesten Sinne nachgehen, indem sie sich auf einen minimalen Teilbereich konzentriert. Eine Frage dieser Arbeit ist, inwiefern das von muslimischen Gemeinden ausgehende Potential in der Flüchtlingsarbeit genutzt und erkannt wird. Außerdem soll untersucht werden, ob die geleistete Flüchtlingsarbeit in Hamburger Moscheegemeinden einen positiven Beitrag zur Entwicklung der muslimischen Wohlfahrtspflege leistet. Es sollen überdies weitere Faktoren, auf welche die muslimische Flüchtlingsarbeit Einfluss nimmt, untersucht werden. Was ändert sich für die muslimischen Gemeinden selber? Welche Entwicklungen bringt die Arbeit mit Geflüchteten in muslimischen

¹Flyer Religionen (März 2015) herausgegeben vom *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ), Referat Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation und Besucherdienst

Weshalb ist Religion relevant?



RELIGION IST ZENTRALER BESTANDTEIL DES LEBENS. In 40 unserer Partnerländer sagen 4 von 5 Menschen, dass ihnen Religion sehr wichtig ist.

RELIGIÖSE INSTITUTIONEN TRAGEN ZU WOHLFAHRT BEI. In Subsahara-Afrika stellen sie die Hälfte aller Leistungen im Bereich Gesundheit und Bildung bereit.

RELIGION BIETET RAUM FÜR DEBATTEN. In Kirchen und Moscheen wird diskutiert, was Menschen bewegt: Gesundheit, Familienplanung, Umweltschutz, Frieden.

RELIGIÖSE AKTEURE BEEINFLUSSEN ENTSCHEIDUNGEN. Im Gegensatz zu staatlichen Institutionen genießen Religionsvertreter oft besonderes Vertrauen. Sie erreichen die Herzen der Menschen und können so Einstellungen und Verhaltensweisen ändern.

Abbildung 1.1: Relevanz von Religion 1



RELIGIONEN BILDEN GLOBALE NETZWERKE, DIE AUF LOKALER EBENE OFT BIS IN DIE ABGELEGENSTEN GEBIETE REICHEN. Überall wo wir hinkommen, sind die Religionsgemeinschaften schon lange vor Ort.

RELIGION BEEINFLUSST DAS GESELLSCHAFTLICHE MITEINANDER, indem sie Orientierung für den gegenseitigen Umgang gibt, die weit über gesetzliche Regelungen hinausgeht.

RELIGION STÄRKT DIE INDIVIDUELLE UND GESELLSCHAFTLICHE WIDERSTANDSFÄHIGKEIT, da sie Methoden bereithält, um mit Niederlagen und Katastrophen umzugehen.

WO RELIGION TEIL DES PROBLEMS IST, MUSS SIE AUCH TEIL DER LÖSUNG SEIN. In vielen Partnerländern übernehmen Religionsvertreter traditionell die Rolle von Mediatoren in Konfliktfällen.

RELIGION IST IDENTITÄTSSTIFTEND. Sie verbindet Menschen über Kulturen und Nationen, Einkommensklassen und gesellschaftliche Milieus hinweg.

Abbildung 1.2: Relevanz von Religion 2

Gemeinden in Gang? Gibt es eine Veränderung von ihrem Verhältnis zur Gesellschaft? Können die Gemeinden eine Brückenfunktion zwischen Geflüchteten und deutscher Gesellschaft übernehmen?

Ziel dieser Arbeit soll es sein, zur Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Flüchtlingsarbeit in islamischen Gemeinden beizutragen und so den Nährboden für hypothesenprüfende Forschung zu schaffen.

1.1 Forschungsstand

Obwohl der Islam und Muslime immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken, ist islamisches Gemeindeleben nur wenig, und Arbeit mit Geflüchteten in den Gemeinden bisher nicht akademisch behandelt worden. *Gemeindeforschung* war lange Zeit hauptsächlich im Rahmen der Kirchensoziologie betrieben worden und dementsprechend nur auf Kirchengemeinden beschränkt. Mit der Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland werden allerdings immer mehr Menschen mit Religionszugehörigkeiten jenseits der beiden christlichen Kirchen ansässig.

„Viele von ihnen organisieren sich in lokalen Zusammenschlüssen, die, bedingt durch einerseits die spezifische Struktur der jeweiligen Religionsgemeinschaft als auch andererseits die kirchlich geprägten Strukturen hierzulande, zwar unterschiedliche Formen annehmen, sich aber genauso wie kirchliche Gemeinden durch die gemeinsame regelmäßige Religionspraxis an einem dafür vorgesehenen Ort definieren und teilweise institutionelle Anpassungstendenzen an kirchliche Strukturen zeigen. Auch sie lassen sich in diesem Sinne als Gemeinden verstehen und gehören damit zum Gegenstandsbereich der [...] Gemeindeforschung.“ (Körs, 2016, S.1f)

Nach Körs gibt es bundesweit 14.412 Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Kirche, 10.911 Pfarreien und sonstige Seelsorgeeinheiten der Katholischen Kirche, 2.231 islamische sowie 111 alevitische Gemeinden, mehr als 130

jüdische Gemeinden und hunderte buddhistische und hinduistische Gemeinden (vgl. Körs, 2016, S.2).

Die islamische Gemeindeforschung entwickelte sich laut Körs nicht nur daraus, dass der Islam zur drittgrößten Glaubensgemeinschaft in Deutschland wurde, sondern auch „aufgrund des ihm zugeschrieben Konfliktpotentials insbesondere seit den Anschlägen vom 11. September“ (Körs, 2016, S.6). Inhaltlich ginge die Forschung hauptsächlich darum, ob die islamischen Gemeinden Integrationspotential besitzen oder zu Abschottung führen.

Die Studie *Islamisches Gemeindeleben in Berlin* (Spielhaus, 2006) stellte in der Debatte um das (Des-)Integrationspotential von muslimischen Gemeinden eine Veränderung des Fokus dar, da sie eine Öffnung der Moscheegemeinden zur nichtmuslimischen Gesellschaft und eine sich ausbauende Vernetzung feststellte.

Neben Riem Spielhaus lässt sich auch Rauf Ceylan von der Universität Osnabrück als islamischer Gemeindeforscher nennen. Seit 2006 veröffentlicht er im regelmäßigen Abstand Studien über Moscheegemeinden².

Theresa Beilschmidt untersuchte in *Gelebter Islam* die vielfältige religiöse Praxis in deutschen *Ditib* Moscheen und kommt unter anderem zu dem Schluss, dass von ihnen ein „bislang kaum systematisch genutztes Potential“ (Beilschmidt, 2015, S.201) ausgeht.

Zwei große quantitative Untersuchungen im Bereich der muslimischen Gemeindeforschung hat die *Deutsche Islam Konferenz* (DIK) in Auftrag gegeben. Die Studie *Islamisches Gemeindeleben in Deutschland* (2012) untersucht verschiedene Facetten der muslimischen Gemeinden in Deutschland; von der Zusammensetzung ihrer Mitglieder bis hin zu Angeboten und Struktur der Gemeinden. Die zweite Studie muss im Zusammenhang der DIK-Schwerpunktthemen *Wohlfahrtspflege und gesellschaftliche Teilhabe* in der 18. Legislaturperiode gesehen werden. Die Studie *Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen*

²Zum Beispiel Ceylan (2006), Ceylan (2008), Borchard u. Ceylan (2011)

Dachverbände und ihrer Gemeinden (2013) sollte als Bestandsaufnahme vorhandener Aktivitäten dienen.

In Deutschland bildet die islamische Gemeindeforschung bisher keinen etablierten Forschungsbereich. Diese befindet sich gerade in ihren Anfängen. Besonders der Fokus auf (soziale) Dienstleistungen, Wohlfahrtsangebote und Seelsorge scheint akademisch immer interessanter zu werden. Dies ist unter anderem durch die Themensetzung der DIK zu erklären. Dahingehende Untersuchungen beziehen sich zumeist auf die Untersuchung der Vielfalt der Angebote, weniger auf die Beschaffenheit dieser. Beispielsweise existiert zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit keine quantitative oder qualitative Forschung über Flüchtlingsarbeit in oder von Moscheegemeinden. Die Aktualität des Themas und das steigende Interesse daran äußert sich allerdings in den vielen Fachtagungen, die seit Kurzem durchgeführt werden. Zu nennen wäre da beispielsweise die am 2.12.2016 vom *Goethe Institut München* veranstaltete Tagung mit dem Titel *Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in islamischen Gemeinden: Potenziale nutzen – Grenzen erkennen*.

1.2 Argumentation

Im Verlauf dieser Arbeit wird die Beschaffenheit der muslimischen Flüchtlingshilfe in Hamburg und in welchen Moscheen sie in welchem Umfang zu finden ist erörtert. Dafür werden beispielhaft sechs Moscheegemeinden untersucht, während bei dieser Auswahl kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben wird. Es werden qualitative Interviews mit verschiedenen Akteuren inner- und außerhalb der Moscheegemeinden geführt und anschließend ausgewertet.

Zunächst wird im Rahmen des Kontextkapitels die Geschichte von Muslimen in Deutschland erarbeitet um einen Überblick über die vorangegangene Entwicklung darzustellen. Nur vor diesem Hintergrund kann die aktuelle Situation von Muslimen in Deutschland verstanden werden. Außerdem wird auf die Spezifika von islamischem Gemeindeleben und der in Deutschland bestehenden Vereinsstruktur eingegangen. Auch dies wird be-

nötigt, um gewisse Hindernisse in der Anerkennung des Islams in Deutschland zu begreifen. Der rechtliche Rahmen wird anschließend kurz skizziert. Dann soll auf den untersuchten Kontext eingegangen werden, indem auf Hamburg und seine spezielle Rolle im Themenkomplex Zuwanderung Bezug genommen wird. Um die Forschungsfrage ausreichend beantworten zu können, wird zudem eine Exkursion zum Thema Wohlfahrtspflege eingebaut. Abschließend wird im Rahmen des Kontextkapitels die Flüchtlingsfrage und der Umgang mit dieser in Deutschland und Europa erörtert, um ein Verständnis dafür zu erlangen, weshalb die Arbeit mit Geflüchteten in den letzten zwei Jahren sehr aktuell ist.

Es folgt die Erläuterung des theoretischen Rahmens, in welchen die Forschung eingebettet wird. Es werden die Modelle der Binnenintegration sowie die des sozialen Kapitals vorgestellt und auf die vorliegende Arbeit bezogen.

Anschließend wird der Aufbau der Forschung beschrieben und erläutert, welche Methoden für Durchführung sowie Auswertung verwendet wurden. Dann wird der Ablauf der Untersuchung dargestellt von der ersten Recherche über die Kontaktaufnahmen bis zur Erhebung der Interviews und Teilnahmen an Veranstaltungen. Die qualitative Inhaltsanalyse wird vorgestellt und die Wahl der Methode begründet.

Schließlich folgt die Auswertung des erhobenen Materials eingeteilt in narrative Berichte darüber, welche Arbeit in welchen Gemeinden geleistet wird, und Interpretationen der geführten Gespräche. Abschließend folgt eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Auswertung sowie einer Einschätzung dieser.

Die Audio-Dateien aller aufgenommenen Interviews werden den PrüferInnen dieser Arbeit auf einer CD bereitgestellt, die ebenfalls eine elektronische Kopie der Masterarbeit enthält.

2 Kontext

2.1 Muslime in Deutschland

Obwohl die Ansässigkeit von Muslimen in Deutschland oft als ein relativ neues Phänomen gesehen wird (auf Grund der Verbindung zur Gastarbeiterbewegung), reicht sie wesentlich weiter in die Vergangenheit zurück. Schon nach der zweiten Belagerung Wiens durch die Osmanen im Jahr 1683 wurden türkische Kriegsgefangene in Westeuropa angesiedelt. Seitdem haben Muslime durchgängig auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands gelebt. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wuchsen zudem die Handelsbeziehungen mit Nahost. Während des Zweiten Weltkriegs lösten sich (nicht immer freiwillig) beinahe alle islamischen Organisationen in Deutschland auf, dennoch existiert muslimisches Leben in Deutschland seit weit über 300 Jahren. Die integrationspolitische Relevanz der Muslime entstand jedoch erst durch das Anwerbeabkommen mit der Türkei 1961. Erst zu diesem Zeitpunkt wird die Anwesenheit der Muslime in Deutschland quantitativ und politisch relevant (vgl. Ceylan u. Kiefer, 2016). Integrationspolitisch wird die Zeit bis in die Gegenwart von Andreas Goldberg grob in drei bis vier Phasen eingeteilt (zitiert aus Ceylan u. Kiefer, 2016, S.109):

- *Anwerbungsphase von 1961- 1973*: Mit temporären Migrationsabsichten reisen Gastarbeiter aus muslimischen Ländern nach Deutschland, um später nach Erreichung finanzieller Ziele wieder in die Herkunftsländer zurückzukehren.
- *Anwerbestop 1973*: Die Bundesregierung verhängt ein Anwerbestopp für Migranten aus Nicht-EG-Staaten aufgrund der wirtschaftlichen Rezession im Rahmen der Ölkrise. Da eine Rückkehr nach diesem Datum eine Re-Migration scheinbar unmöglich machte, blieben viele Muslime in Deutschland und holten ihre Familien nach. Im Zuge dessen steigt die Anzahl der Muslime. Allein die Zahl der türkischen Muslime in Deutschland steigt in dieser Phase um 436.500 Personen an.

- *Rückkehrförderung 1983/84*: Um die Menge insbesondere der türkischen Muslime zu reduzieren, wird 1983 das Rückkehrförderungsgesetz beschlossen. Diejenigen Migranten, die bis zum 30. September 1984 in ihre Heimatländer zurückkehren möchten, sollten 10.500 DM plus 1.500 DM pro Kind sowie ihre selbstfinanzierten Rentenversicherungszeiten ausgezahlt bekommen. Von diesem Gesetz machen vor allem die Türken Gebrauch und etwa 250.000 verlassen, angelockt von diesem finanziellen Reiz, Deutschland. Dies ist auch die Phase, in welcher die Bleibewilligen damit beginnen, eigenethnische Infrastrukturen wie Kultur- und Moscheevereine auszubauen.

Diese drei Phasen geben Einblick in eine sich durchziehende Konzeptionslosigkeit in der Integrationspolitik, wobei die Rückkehrförderung oft als ihr Höhepunkt gesehen wird. Eine These die Ceylan und Kiefer aufstellen ist, dass diese diffusen Entwicklungen auf der Fehlannahme beruhten, dass Integration ein Selbstläufer sei (vgl. Ceylan u. Kiefer, 2016, S.110). Seit 2000, so die Autoren, sei die strukturelle Integration der muslimischen Minderheit jedoch rasant vorangetrieben worden. Ceylan und Kiefer identifizieren eine vierte Phase, die Phase der Bewusstwerdung der muslimischen Niederlassung seit den 1990ern. Sie sei eine Kombination der Islamisierung der Integrationsdebatten und der Normalisierung in der postmigrantischen Gesellschaft.

Als Teil der vierten integrationspolitischen Phase nach Ceylan und Kiefer kann auch die Gründung der *Deutschen Islam Konferenz* (DIK) gesehen werden. 2006 fand die Auftaktsitzung mit 30 TeilnehmerInnen auf Initiative des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble (CDU) statt. Zu den Zielen der DIK äußerte er sich wie folgt:

„Es geht darum, die Zukunft miteinander zu gestalten [...] Wir wollen einen ständigen Dialog wie es im Koalitionsvertrag steht, da Muslime in Deutschland nicht mehr länger eine ausländische Bevölkerungsgruppe darstellen, sondern Bestandteil unserer Gesellschaft geworden sind.“ (DIK, 2016)

Ein weiteres Ziel der Konferenz war laut Innenministerium eine bessere religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung (vgl. MAI, 2016).

Das Gremium setzt sich zusammen aus 15 Vertretern des deutschen Staates und 15 deutschen Islamvertretern (DIK Redaktion 2010). Zwei große Kritikpunkte an der DIK sind jene der Repräsentation und der Vermischung von Sicherheits- und Gesellschaftspolitik. In seinem Buch *Das muslimische Subjekt* (2012) kritisiert Levent Tezcan Aufbau und Umsetzung der DIK. Tezcan bezweifelt die Repräsentierbarkeit aller Muslime in Deutschland durch einige wenige (eher konservative) Verbände, von denen sich die Mehrheit der Muslime nicht vertreten fühlt (Tezcan, 2012, S.66). Außerdem bewertet Tezcan die DIK als subtile Form der Sicherheitspolitik, in der es um die „Sicherstellung der Berechenbarkeit, der Kompatibilität einer Bevölkerungsgruppe und ihrer Wertorientierungen“ (Tezcan, 2012, S.165) gehe. Seine Hauptthese ist, dass der staatlich angestoßene Dialog mit den Muslimen weniger als Zugehen auf die Muslime und Bearbeitung religionspragmatischer Fragen zu verstehen ist, sondern als politische Technik und Strategie der Bevölkerungspolitik, um aus den in Deutschland lebenden Muslimen „deutsche Muslime“ nach Vorstellung des Staates zu machen (vgl. Tezcan, 2012).

Die angenommene Zahl der in Deutschland lebenden Muslime beruhte lange Zeit auf Schätzungen, die sich zwischen 3,1 und 3,4 Millionen bewegten. Die Schätzungen entstanden durch eine indirekte Methode, nach der die in Deutschland lebenden Staatsangehörigen aus 20 muslimisch geprägten Herkunftsländern und die Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus diesen Ländern von 1988 bis 2005 addiert wurden (vgl. Haug u. a., 2009). Dies bedeutet, dass beispielsweise alle aus dem Irak kommenden Menschen automatisch als Muslime gezählt wurden, obwohl in den letzten Jahren ungefähr 2 Millionen Christen aus dem Irak flohen. Die 2009 veröffentlichte Studie des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* zu muslimischem Leben in Deutschland, die auf detaillierteren Schätzungsmethoden wie der direkten Befragung basiert, ergab jedoch, dass zwischen 3,8 und 4,3 Millio-

nen Muslime in Deutschland wohnen. Auch heute im Jahr 2016 gilt diese Schätzung als die verlässlichste Datengrundlage, wobei die Ankunft der zahlreichen Geflüchteten nicht berücksichtigt wird.

Einen großen Teil des deutschen Diskurses um den Islam nimmt die Diskussion um die Aussage *Der Islam gehört zu Deutschland* ein. Ursprünglich eine Äußerung von Wolfgang Schäuble zur Einberufung der ersten deutschen Islamkonferenz 2006, benutzte auch Christian Wulff die Aussage in seiner Rede am Tag der deutschen Einheit im Jahre 2010. Während die Aussage 2006 besonders aus muslimischer Sicht positiv angenommen wurde, hatte sich der Kontext 2010 stark verändert. Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* hatte eine sehr kritische Diskussion über die in Deutschland lebenden Muslime ausgelöst. In seinem Buch warf Sarrazin den muslimischen Migranten unter anderem vor, den Staat zu viel zu kosten, ein rückwärts gewandtes und mit deutschen Idealen unvereinbares Weltbild zu vertreten und eine generelle Bedrohung für Europa darzustellen. Als sich zur Überraschung der politischen Führung herausstellte, dass die Äußerungen Sarrazins auf große Zustimmung bei weiten Teilen der Bevölkerung stießen, änderte sich der Ton der deutschen Integrationsdebatte wesentlich. Die Forderung nach einer *harten Hand* gegenüber sogenannten *Integrationsverweigerern* wurde zur gängigen politischen Rhetorik (vgl. Pollack, 2010). Die umstrittenen Diskussionen, die auf die Veröffentlichung folgten, fügten dem Verhältnis zwischen Muslimen und dem deutschen Staat Schaden durch großes Misstrauen zu. Das Islam-skeptische Meinungsklima, welches dem Islam im Allgemeinen und Muslimen im Besonderen in der deutschen Öffentlichkeit entgegengebracht wird, hält sich seitdem konstant. In seiner Studie *Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt* (Pollack, 2010) kommt Detlef Pollack zu dem Ergebnis, dass die Deutschen zu nichtchristlichen Religionen ein deutlich schlechteres Verhältnis haben als ihre europäischen Nachbarn. Die hier benutzten Grafiken 2.1, 2.2, 2.3 und 2.4 auf den Seiten 19 bzw. 39 sind der genannten Studie entnommen.

› Woran denken Sie beim Stichwort Islam?

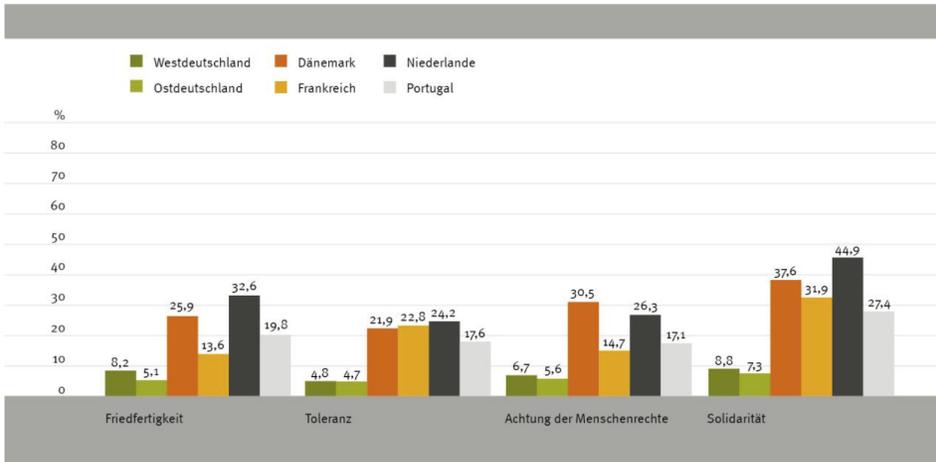


Abbildung 2.1: Befragung *Woran denken Sie beim Stichwort Islam?*

› Religiöse Rechte

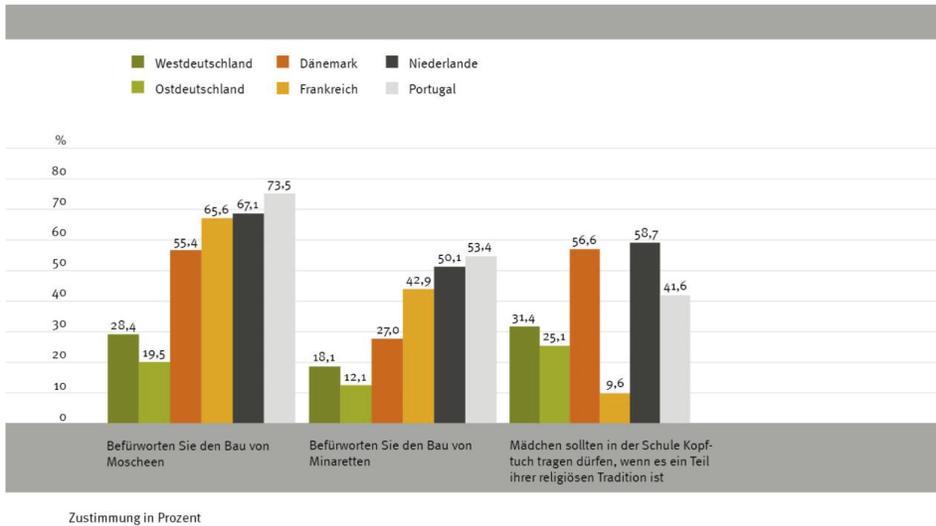


Abbildung 2.2: Befragung *Religiöse Rechte 1*

2.1.1 Islamisches Gemeindeleben und Strukturen

Der Begriff *islamische Gemeinde* kann an sich schon irreführend sein, da er eine Gleichartigkeit zur gängigen Kirchengemeinde suggeriert. Tatsächlich aber unterscheiden sich die Struktur des organisierten Islams und die des Christentums wesentlich. Dies lässt sich unter anderem auf die verschiedenen Gottes- und Menschenbilder der beiden Religionen zurückführen. Besonders das Verständnis vom Verhältnis zwischen Mensch und Gott kann hier Aufschluss bieten. Der strenge Monotheismus des Islams besagt, dass dem einzigen Gott nichts gleichgestellt werden darf, und nichts ihm annähernd gleichkommt. Dementsprechend darf es keine Mittler zwischen Gott und dem Menschen geben. Dem Propheten Mohammed gebührt besondere Ehre für das Empfangen und Weitergeben der Offenbarung, jedoch darf seine Rolle nicht im Bereich des Göttlichen gesehen werden. Auch die Engel werden im Islam als die Diener Gottes gesehen, die klar unter ihm stehen. Gott bedarf keiner Instanz zwischen ihm und dem Menschen; der Koran¹ (Sure 50, Vers 16) berichtet sehr bildlich von der Nähe zwischen Mensch und Gott:

„Wir schufen einst den Menschen und wissen ganz genau,
was seine Seele ihm einzuflüstern sucht:
Denn wir sind ihm viel näher noch als seine Halsschlagader.“

Im Christentum wird Jesus als Sohn Gottes verehrt, der Brücken zwischen Gott und den Menschen baut. Seine Mittlerposition ist unumstritten. Auch die Kirche selbst definierte sich schon früh als vermittelnde Instanz zwischen dem sündigen Menschen und der Gnade Gottes. Besonders die katholische Kirche schuf durch das Papsttum stark hierarchische Strukturen mit klaren Ämtern. Auch die Praxis des Ablasshandels ist ein Zeichen für die machtvolle Position der Institution Kirche besonders im Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Aus Sicht eines gläubigen Muslims liegt Sünden zu erlassen oder zu strafen alleine bei Gott.

¹ Alle Koran-Zitate dieser Arbeit sind aus der Neuübertragung von Bobzin (2010) entnommen.

Der aus der Reformationsbewegung im 16. Jahrhundert hervorgegangene Protestantismus richtet sich ebenso gegen dieses Gebaren der Katholischen Kirche. Jedoch verfügt auch die protestantische Kirche über eine strukturierte Organisation, die aus der Gemeinschaft 20 lutherischer, unierter und reformierter Kirchen in Deutschland besteht. Die *Evangelische Kirche in Deutschland* (EKD) ist demokratisch aufgebaut und verfügt über eine Vereinsstruktur. Damit bieten beide großen, christlichen Kirchen eindeutig definierte institutionelle Ansprechpartner.

Vergleichbare übergreifende Institutionen hat es im Islam nie gegeben. Der Islam kennt keine kirchliche Organisation, keine Gemeindestruktur und kein menschliches Oberhaupt, das allgemeine Anerkennung innerhalb der islamischen Welt genießt. Vielmehr haben immer schon unterschiedliche islamische Strömungen (z.B. Rechtsschulen) mit jeweiligen Führern nebeneinander existiert. Diese Uneinheitlichkeit führt im bürokratischen Kontext Deutschlands zu Schwierigkeiten.

In Deutschland hat sich mittlerweile eine muslimische Organisationslandschaft etabliert, in der sich viele Moscheen unter Dachverbänden organisiert haben, die dann als Vertreter an der *Deutschen Islam Konferenz* teilnehmen. Diese haben den Anspruch, neben religiösen Dienstleitungen auch die Interessenvertretung gegenüber Medien und Politik darzustellen. Laut Rauf Ceylan war das Verhältnis der unterschiedlichen Verbände bis in die frühen 1990er Jahre hinein durch zähe Konkurrenz um Einfluss und Mitgliedererwerb gekennzeichnet (vgl. Ceylan, 2006, S.139ff). Inzwischen hat eine Annäherung der Verbände untereinander stattgefunden, die auch die Gründung einer gemeinsamen Organisation hervorbrachte. Der *Koordinationsrat der Muslime in Deutschland* ist die Plattform, unter der die vier größten Dachverbände Deutschlands organisiert sind. Diese sind nach DIK (2016, aufgerufen am 3.9.2016):

- Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)
gegründet im Jahre 1973, vertritt ca. 300 Moscheegemeinden
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V. (IRD)

gegründet 1986, vertritt ca. 400 Moscheegemeinden

- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)
gegründet 1984, vertritt ca. 900 (türkische) Moscheevereine
- Zentralrat der Muslime (ZMD)
gegründet 1994, vertritt ca. 300 Moscheevereine

Die Studie *Muslimisches Leben in Deutschland* ergab allerdings, dass die muslimischen Organisationen nur einen kleinen Teil der Muslime vertreten und der Bekanntheitsgrad der Verbände unter den Muslimen nicht sehr hoch ist (vgl. Haug u. a., 2009, S.17 und 173). Nur rund jeder fünfte Muslim ist laut der Studie eingetragenes Mitglied in einem religiösen Verein, allerdings zeigen nach Haug u. a. (2009, S.328) nur 13% der Befragten aktives Engagement in einer religiösen Gemeinde. Die Rolle der Verbände scheint abzunehmen, wie auch die Tabelle der Verbandszugehörigkeit in Abbildung 2.5 nach Zeitraum der Gemeindegründung (in Zeilenprozent) angibt.

Der bisherige Kenntnisstand besagt, dass die großen Verbände die muslimische Organisationslandschaft weder vollständig dominieren, noch als unbedeutender Faktor angesehen werden können. Allerdings ist die Rolle der muslimischen Verbände politisch umstritten — besonders bezogen auf ihre Repräsentativität.

„Die Repräsentation der Muslime durch die Verbände wird insbesondere im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz zu einer politischen Frage, da bezweifelt wird, dass die dort vertretenen eher konservativen Verbände und ihre Positionen tatsächlich den Anspruch auf die Vertretung der Muslime erheben können und ein nicht unerheblicher Teil insbesondere der europäisch organisierten Muslime eben über keine Organisationsstrukturen verfügen.“ (Sauer u. Halm, 2013, S.394)

Wie die gesamte Geschichte der muslimischen Minderheit in Deutschland, ist auch die Verbandsstruktur und die Entwicklung der Ortsvereine ein lang-